

Europäische Union: Institutionelle Verharrung oder Delors-Plan 2.0?

Melinda Fremerey/Simon Gerards Iglesias

1. Europa braucht eine neue Vision

Europa befindet sich in einer Polykrise: Der Krieg in der Ukraine bedroht die bislang als selbstverständlich eingeschätzte Sicherheit Europas. Die Kosten der grünen und digitalen Transformation und eine fragmentierte Globalisierung inmitten eines geopolitisch aufgeheizten Umfeldes gefährden den Wohlstand. Hinzu kommt: Die Europäische Union befindet sich in einer Identitätskrise. Sie ist heute institutionell so stark integriert wie nie zuvor und scheinbar eine Erfolgsstory, die jedoch angesichts der aktuellen Herausforderungen ins Wanken gerät. Denn seit der letzten Änderung der EU-Verträge im Jahr 2009 gibt es kaum umfassende Fortschritte im Integrationsprozess, die für die Zukunftsfähigkeit der Union notwendig wären. Ohne weitere Integration und institutionelle Reformen sind die geplanten Erweiterungen um neue Mitgliedsstaaten nicht handhabbar.

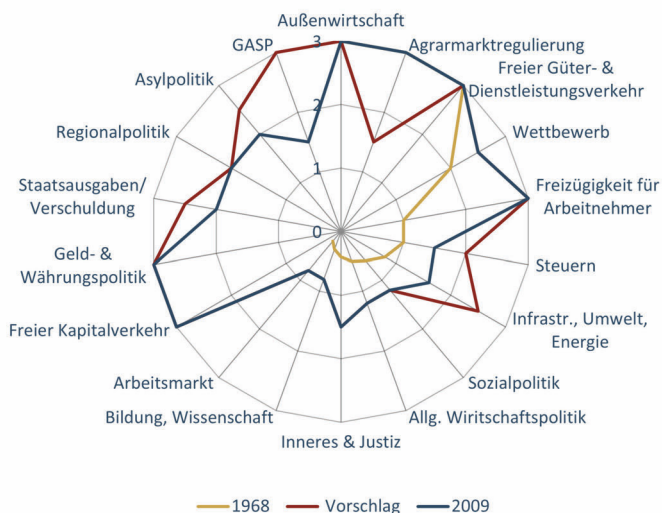
Die Geschichte der europäischen Integration zeigt, dass es in Krisenjahren in Europa immer wieder gelungen ist, politische Fortschritte zu erzielen (Lelieveldt/Princen 2023). Möchte die EU auch in Zukunft noch weiter international wettbewerbsfähig bleiben und ihre äußere Sicherheit schützen, darf sie nicht institutionell verharren, sondern muss eine neue Vision des politischen Miteinanders mit wirtschaftlicher Größe und politischer Handlungsfähigkeit entwerfen. Somit stellt sich die Frage, wie eine tiefgreifendere Integration aussehen kann. Die im folgenden vorgestellte Idee *funktionaler Zweckverbände* bestehend aus einer ökonomisch basierten *Integrationslogik* mit spezifischen *Integrationsthemen* und einer davon abgeleiteten *Integrationsfinanzierung* kann einen Weg aufzeigen, wie die EU-Mitgliedstaaten sich weiter integrieren können, indem sie den Fokus auf die derzeit relevanten Politikfelder legen.

2. Integrationsthemen und -logik

Vergleicht man den Integrationsgrad der Europäischen Gemeinschaft von 1968 mit dem der EU von 2009, wird deutlich, dass das supranationale Level in wirtschaftlichen Bereichen an Gewicht gewonnen hat und in politischen Bereichen deutlich weniger Kompetenzen an sich ziehen konnte (Abbildung 1). Dies passt mit dem Zeitalter der vorherrschenden Geoökonomie, die über die Geopolitik dominierte, zusammen. Zwar entstand die EU aus einem politischen Friedensprojekt, doch wirtschaftliche Interessen sowie die Versorgungssicherheit standen im Fokus der Integration, weshalb die politische Integration ins Hintertreffen geriet. Im Jahr 1968 gab es in lediglich drei Politikfeldern eine vollständige *Europäisierung*, während in vielen Bereichen noch eine Alleinregelung der Nationalstaaten vorherrschte. Der Vertrag von Lissabon von 2009 kann einige große Integrationsleistungen vorweisen, dennoch gibt es nach wie vor Politikfelder, wie etwa die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) oder die Infrastruktur- und Energiepolitik, bei denen die EU bislang nur geringe Integrationsschritte präsentieren kann.

Eine vollständige *Europäisierung* aller Politikfelder sollte nicht das zwangsläufige Ziel einer politischen Union sein. Ausgehend vom ökonomischen Konzept der externen Effekte können die politischen Zuständigkeiten den verschiedenen Ebenen (lokal, national, EU) zugeordnet werden. (Tabelle 1). Beim Vergleich der bevorzugten oder ökonomisch rational sinnvollen Regierungsebene mit der bestehenden Kompetenzverteilung ergeben sich einige Diskrepanzen: während bei der Landwirtschafts- und Verbraucherschutzpolitik die supranationalen Zuständigkeiten zu weit gehen, sind sie bei der Verteidigungs- und Energiepolitik sowie bei den internationalen Beziehungen zu gering. Abgeleitet von dieser Argumentation in Tabelle 1 zeigt Abbildung 1 einen Vorschlag, in welchen Politikbereichen *mehr* oder auch *weniger* EU-Zuständigkeiten sinnvoll wären.

Abb. 1: Entwicklung der Kompetenzverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten¹



Quelle: Busch/Matthes (2018) in Anlehnung an Schmidt (2005): 138ff.

Die dominante Rolle der EU im Bereich der Landwirtschaft wird am Umfang des Regelwerks und des EU-Haushalts deutlich: 40 Prozent aller Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen der EU waren bis 2001 auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ausgerichtet (Alesina et al. 2001) und fast 40 Prozent (58 Mrd. Euro) des EU-Haushalts im Jahr 2020 entfielen auf die GAP (Europäische Kommission 2022). Die GAP steht nicht nur wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die Märkte von Entwicklungsländern in der Kritik (Schwarz 2004), sondern ist auch ein Bremsklotz bei der Aushandlung von Freihandelsabkommen wie mit Mercosur und Australien (Bundesministerium Land- und Forstwirtschaft 2023; Liboreiro 2023).

1 Anmerkungen: 0=Alleinregelung durch Nationalstaat; 1=Nationalstaat dominiert; 2=EU-Ebene dominiert; 3=Vollständige Europäisierung; ASGP: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik; keine Daten 1968 für die Politikbereiche freier Kapitalverkehr, Geld- und Währungspolitik, Staatsausgaben/Verschuldung, Regionalpolitik, Asylpolitik, ASGP; wenn ansonsten keine Linie für ein Jahr angezeigt wird, liegen die Linien übereinander und nur die Einordnung von 2009 ist sichtbar.

Tab. 1: Mehr oder weniger EU-Kompetenzen?²

Politikfeld	Externe Effekte	Bevorzugte Regierungsebene	Rolle der EU
Internationaler Handel	Hoch	EU	Groß
Binnenmarkt	Hoch	EU	Groß
Geldpolitik	Hoch	EU	Groß
Finanzen	Mittel	National	Mittel
Landwirtschaft	Niedrig	National	Groß
Verbraucherschutz	Mittel	National/EU	Groß
Energie	Niedrig	National/EU	Gering
Internationale Beziehungen	Hoch	National/EU	Gering
Sicherheit und Verteidigung	Hoch	National/EU	Gering
Umwelt und Klima	Hoch	National/ EU/Global	Groß
FuE, Erziehung, Kultur	Niedrig	Lokal/National	Gering
Soziale Sicherung	Niedrig	Lokal/National	Gering

Quelle: Modifizierte Tabelle aus Fremerey/Gerards Iglesias (2022) in Anlehnung an Wagner et al. (2006) und Alesina et al. (2001).

Damit wird das Kernproblem deutlich: Obwohl die Subsidiarität die Kompetenzen der EU auf Basis der begrenzten Einzelermächtigung einschränkt, hat sich in der Realität ein gegenläufiger Trend etabliert, der der EU zusätzliche und zum Teil zu umfangreiche Kompetenzen in einigen Politikbereichen ermöglicht (Fremerey/Gerards Iglesias 2022). Gleichzeitig greifen EU-Kompetenzen in anderen Politikfeldern mit öffentlichem Gut-Charakter zu kurz. So kommt es auch immer wieder zu Spannungsfeldern zwischen EU-Gesetzgebungsakten und politischen Zielen. Dies spiegelt sich in der Diskrepanz zwischen dem in der Sorbonne-Rede von Emmanuel Macron angesprochenem digitalen und unbürokratischeren Europa und dem von ihm aus innenpolitischen Gründen initiierten und mit hohen Erfüllungskosten verbundenen A1-Bescheinigungen bei Auslandsreisen von Beschäftigten wider. Die Datenschutzgrundverordnung und die Lieferkettenrichtlinie – zwei weitere Beispiele – erfordern ebenfalls hohe Umsetzungskosten und stehen im Widerspruch zum politischen Ziel einer bürokratiearmen, resilienten und diversifizierten Wirtschaft. Die exzessive EU-Bürokratie verhindert zudem, dass Investitionen – wie bei Global Gateway – durchgeführt werden (DHIK 2023).

2 Anmerkung: Die Farben in der letzten Spalte verdeutlichen eine Übereinstimmung (grün) bzw. Diskrepanz (rot) zwischen Rolle der EU und der bevorzugten Regierungsebene.

Die bloße Forderung nach *mehr Europa* als Antwort auf Krisen ist daher nicht gewinnbringend und führt zu keiner umfassenden Gesamtstrategie für die Zukunftsfähigkeit Europas. Im Gegensatz zur derzeit utopischen Vision eines *föderalen europäischen Bundesstaates*, ist ein flexibler anzuwendendes und auf den politischen und ökonomischen Mehrwert ausgerichtete Konzept die Logik von Hans Peter Ipsen (Ipsen 1972) eines »Zweckverbandes funktioneller Integration« (Kahl/Hüther 2023). Ein *Zweckverband funktioneller Integration* hat einerseits den Vorteil, die EU-Kompetenz sehr spezifisch für europaweite öffentliche Güter zuzuordnen und kann andererseits durch eine spezifische Erklärbarkeit und Transparenz bestimmter EU-Integrationsschritte die Subsidiarität stärken (Hüther et al. 2023). Darüber hinaus ermöglicht ein *Zweckverband funktioneller Integration* eine themenspezifische Vertiefung der EU bei gleichzeitigem Erweiterungspotenzial. Mit dieser Art eines *more economic approach* sollte die EU ihre Integrationsthemen und politische Kompetenzen ökonomisch fundiert ableiten und dort einfordern, wo öffentliche Güter mit hohen externen Effekten auf EU-Ebene bestehen. Konkret sind solche Integrationsthemen eine *Investitionsunion* und eine *Verteidigungsunion*. Wie Tabelle 1 zeigt, sind in diesen angrenzenden Bereichen der internationalen Beziehungen, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Energiepolitik die EU-Kompetenzen gering, während die externen Effekte – vor allem bei den beiden ersten Politikfeldern – hoch sind.

Investitionsunion

Bei einer umfassenden europäischen Investitionsunion geht es sowohl um die Bündelung und Fokussierung grenzüberschreitender Großinvestitionen, angelehnt an IPCEI (Important Project of Common European Interest), als auch um die Bündelung der europäischen Verhandlungsmacht auf dem Weltmarkt. Umfangreichere IPCEI können als grenzüberschreitende industriepolitische Maßnahmen wirken und im Sinne einer horizontalen Industriepolitik europaweite Standortvorteile generieren. Dies ist insbesondere bei der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Transformation zu einer grünen und digitalen Wirtschaft sinnvoll. Allein für die grüne Transformation in Deutschland werden Mehrinvestitionen von 1,5 bis 2,3 Billionen Euro bis 2050 benötigt (BCG/prognos 2018). So sollte bei einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit auf dem Energiemarkt die EU vermehrt die Richtung vorgeben und die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um den Ausbau der Netze und einfachere Strom-Importe bzw. -Exporte zu ermöglichen. Dies

könnte auch die in Deutschland vergleichsweise hohen Veredelungskosten der Stromproduktion reduzieren. Eine Investitionsunion sollte somit den Ausbau von Transport-, Energie- und Kommunikationsinfrastruktur, die Verbesserung des staatlich-europäischen Kapitalstocks, als auch die gemeinsame Beschaffung von Rohstoffen umfassen (Hüther et al. 2023).

Verteidigungsunion

Das Versäumnis, bislang keine europäische Verteidigungsunion gegründet zu haben, liegt vor allem daran, dass diese für lange Zeit als nicht nötig erachtet wurde und mit der NATO ein scheinbar ausreichender militärischer Schutz für die meisten europäischen Staaten bestand. Kriege und Konflikte in unmittelbarer Nähe der EU verdeutlichen aktuell die Notwendigkeit einer engeren EU-Kooperation in der Verteidigungspolitik. Der Angriffskrieg Russlands hat zu neuen Strategien in der europäischen Verteidigungspolitik geführt: Die schrittweise Erhöhung der finanziellen Obergrenze zur Einzahlung in die Europäische Friedensfazilität (Europäischer Rat 2023), Pläne eines vollwertigen Europäischen Verteidigungsinvestitionsprogramms (EDIP) und Arbeitsgruppen zur gemeinsamen Beschaffung gehen in die richtige Richtung, bleiben aber unzureichend und zu langsam in ihrer konkreten Umsetzung und Wirkung. So kann der Europäische Verteidigungsfonds (EDF) in den ersten zwei Jahren seines Bestehens – während auf europäischem Boden Krieg ausbrach – nur 2 Mrd. Euro vorweisen (European Defence Fund 2023) und die nationale Beschaffung von Rüstungsgütern aus den USA statt europäischer Gemeinschaftsprojekte sorgt immer wieder für Streit zwischen Frankreich und Deutschland. Die Angleichung von Waffensystemen, gemeinsame Beschaffung und die Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie sind notwendige Bedingungen für eine Verteidigungsunion. Skaleneffekte durch weniger und einheitliche Waffensysteme müssen genutzt und die europäische Nachfrage auf dem Weltmarkt gebündelt werden. Eine umfassende Verteidigungsunion muss als Ziel weiter angestrebt werden, da es nur vollenden würde, was bereits vor über 70 Jahren mit der europäischen Integration begann: Frieden auf dem europäischen Kontinent zu sichern.

3. Umsetzung und Finanzierung

Die europäische Integration stand in ihrer Geschichte stets unter dem Projekt der Friedenssicherung durch wirtschaftliche Vertiefung. Prägende politische Führungsfiguren diesseits und jenseits des Rheins waren dabei Schlüsselakteure. So setzte der Delors-Plan von 1989 das Ziel fest, eine Währungsunion unter der Aufsicht einer unabhängigen europäischen Zentralbank zu schaffen, aber ließ den Weg dorthin offen (*Lokomotivstrategie* vs. *Krönungsweg*). Um die Ziele einer Verteidigungs- und Investitionsunion zu erreichen, wäre die an den Delors-Plan von 1989 angelehnte und damals erfolgreiche Strategie, ein klares Ziel auszurufen, aber den Weg dorthin schrittweise, prozessual und diskursiv mit einem fixen Enddatum vor Augen zu beschreiten, vielversprechend. Im Vergleich zur Ausgangslage im Jahr 1989 wird die Umsetzung dieser *First-Best Lösung* heute jedoch von einer Vielzahl von Faktoren gehemmt: es mangelt an politischer Führungsstärke innerhalb der EU und für EU-Themen in den Mitgliedstaaten; es gibt kein konkretes Ziel der europäischen Integration, auf das sich alle Mitgliedstaaten derzeit einigen können, und die Heterogenität sowie die perspektivisch wachsende Zahl an Mitgliedstaaten verhindern politische Übereinkünfte. Eine derzeit praktikabler erscheinende *Second-Best Lösung* ist, auf bestehende Instrumente aufzubauen: der *Next Generation EU Fonds* (NGEU) und die Verteidigungsinitiative der *Permanent Structured Cooperation* (PESCO) sind Projekte, die das Potenzial haben, eine integrative Strahlkraft auszuwirken und die beiden Integrationsthemen der Verteidigungs- und Investitionspolitik umzusetzen.

Next Generation-EU-Fonds

Die erstmalige gemeinsame Schuldenaufnahme innerhalb der EU mit dem 750 Mrd. Euro schweren *Next Generation-EU-Fonds* kann als eine Initialzündung einer europäischen Investitionsunion wirken. Die Hürde für eine schuldenfinanzierte Investitionsunion – wie beim NGEU – ist durch die benötigte Zustimmung aller Mitgliedstaaten sowie der nationalen Parlamente hoch. Die Verwerfungen und Unsicherheit während der Corona-Pandemie machten eine Umsetzung der europäischen Schuldenaufnahme aber möglich. Auch wenn der NGEU als einmalige Ausnahme deklariert wurde, sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Polykrisen (Transformation, Systemkonflikt, Standortwettbewerb und De-Industrialisierung) das Instrument für die notwendigen, zukunftsweisenden und standortstärkenden Investitionen genutzt

werden. Damit würde auch eine zweite Finanzsäule der EU etabliert werden. Eine Wiederauflage oder Verstetigung einer europäischen Schuldenaufnahme müsste jedoch von einer Transfer- und Haftungsunion abgegrenzt werden, was die anhand europäischer externer Effekte klar definierten europäischen Aufgaben im Rahmen eines »Zweckverbandes funktioneller Integration« gewährleisten (Hüther et al. 2023).

PESCO

PESCO ist die ständige strukturierte Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen EU-Staaten und gilt als ein jüngstes Beispiel für eine erfolgreiche Weiterentwicklung der EU-Integration (Houdé/Wessel 2022). Sie erfolgte nach der Logik der differenzierten Integration, also des freiwilligen Zusammenschlusses von EU-Staaten ohne Einstimmigkeitsprinzip und ist ein sinnvoller Mechanismus für die Weiterentwicklung zu einer Verteidigungsunion. Mit der Logik einer *EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten* oder eines *Kerneuropas* kann somit Integration erfolgen, auch wenn nicht alle Mitgliedstaaten teilnehmen. Zudem eröffnet es Nicht-EU-Mitgliedern Kooperationen, was eine potenzielle EU-Erweiterung später einfacher macht. Durch den jüngsten Beitritt Dänemarks sind nun alle EU-Mitgliedstaaten außer Malta Teil von PESCO, was die positive Strahlkraft dieser Initiative in Zeiten geopolitischer Risiken untermauert. Auch haben die Schweiz und Türkei als Drittstaaten Interesse an PESCO-Projekten bekundet, was den offenen Charakter dieser Integrationslogik verdeutlicht (Paul 2023).

Die Kritik am *Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten* lautet, dass die EU zu einem unübersichtlichen Flickenteppich verkommen würde und dies die EU insgesamt schwächen würde. Dabei gibt es die unterschiedliche Integrationsintensität bereits heute. Zum Schengen-Raum gehören die Drittstaaten Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz, jedoch nicht die EU-Mitglieder Rumänien und Bulgarien. Den Euro führen nur 20 der 27 EU-Staaten als Währung und nur 22 EU-Staaten unterstehen der Europäischen Staatsanwaltschaft. Ein *Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten* gibt es längst und ist angesichts einer immer größeren und diverser werdenden Union eine sinnvolle Lösung für Integrationsschritte.

Da die Europäischen Verträge kein schuldfinanziertes Verteidigungsbudget erlauben, muss die Finanzierung einer gemeinsamen Verteidigung über den laufenden Haushalt erfolgen, also über eine Erhöhung des EU-Budgets durch die Beiträge der Mitgliedsstaaten oder über eine Umschichtung des

Haushalts (Deutsch-Französische Arbeitsgruppe 2023). Für eine Erweiterung von PESCO ist aber nicht allein das Geld entscheidend. Auch komplexe nationale Gesetzgebung, straffe Zeitpläne und fehlendes qualifiziertes Personal sind Gründe, warum PESCO bislang noch nicht das volle Potenzial entfalten konnte (European Defence Agency 2022).

4. Fazit: In Vielfalt geeint neu denken

Die Schaffung des europäischen Bundesstaats, so wie er im Koalitionsvertrag der Bundesregierung genannt wurde, ist derzeit eine Utopie und steht im Gegensatz zur praktischen Politik. Um die EU zukunftsfähig und aufnahmebereit für neue Mitgliedsstaaten zu machen sowie den Wohlstand und Frieden zu sichern, bedarf es einer pragmatischen und dennoch innovativen Lösung. Die Logik der *Zweckverbände funktioneller Integration* dient hierbei zur Identifizierung von zentralen Politikfeldern, in denen eine europäische Integration politisch wünschenswert und ökonomisch rational wäre. Dies gilt insbesondere für die Verteidigungs- und Investitionspolitik. Das deutsch-französische Tandem hat in der Vergangenheit immer wieder eine wichtige Rolle bei großen europäischen Reformen gespielt, fällt aber momentan als Zugpferd aus, sodass neue Wege der Integrationsdynamik gefunden werden müssen. Erfolgreiche Projekte wie PESCO und NGEU müssen dabei stückweise ausgebaut und verstetigt werden, sodass eine Verteidigungs- und Investitionsunion schrittweise geschaffen werden. Anders als die Strategie des Delors-Plans von 1989 als First-Best-Lösung kann diese Logik der prozessualen Integration als Second-Best-Lösung gesehen werden. Zudem muss die Integration bei Verteidigungs- und Investitionsfragen in einem günstigen Zeitfenster stattfinden, das sich angesichts der sicherheitspolitischen Bedrohung einerseits und dem drängenden Strukturwandel andererseits gerade öffnet. Um den geopolitischen Herausforderungen gewachsen und aufnahmebereit für neue Mitglieder zu sein, muss die EU nun den nächsten Schritt wagen.

Literatur

Alesina, Alberto/Angeloni, Ignazio/Schuknecht, Ludger (2001): What Does the European Union Do?, in: National Bureau of Economic Research Working Paper Series, Nr. 8647.

- BCG und Prognos (2018): Klimapfade für Deutschland, Website BDI, [online] <https://bdi.eu/publikation/news/klimapfade-fuer-deutschland/> [abgerufen am 10.11.2023].
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2023): Landwirtschaftsministerium bekräftigt Nein zu Mercosur-Abkommen, Website Bundesministerium, [online] <https://info.bml.gv.at/themen/landwirtschaft/eu-international/mercosurabkommen.html> [abgerufen am 10.11.2023].
- Busch, Berthold/Matthes, Jürgen (2018): Neue Prioritäten für die Europäische Union: Normative Ableitung und Umschichtungspotenzial im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen, in: IW-Report 17/2018.
- Deutsche Industrie- und Handelskammer (2023): DIHK-Ideenpapier zur EU-Konnektivitätsinitiative Global Gateway, Website DIHK, [online] <https://www.dihk.de/resource/blob/104120/f6ee156fc64b0811da9e4eco84c8e8c1/dihk-stellungnahme-global-gateway-data.pdf3> [abgerufen am 10.11.2023].
- Deutsch-Französische Arbeitsgruppe (2023): Unterwegs auf hoher See: Die EU für das 21. Jahrhundert reformieren und erweitern, in: Bericht der Deutsch-Französischen Arbeitsgruppe zu institutionellen Reformen der EU.
- Europäische Kommission (2022): EU spending and revenue, Website Europäische Kommission, [online] https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/2014-2020/spending-and-revenue_en [abgerufen am 10.11.2023].
- Europäischer Rat (2023): Europäische Friedensfazilität, Website Europäischer Rat, [online] <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/european-peace-facility/> [abgerufen am 10.11.2023].
- European Defence Agency (2022): 2022 Coordinated Annual Review of Defence Report, Website European Defence Agency, [online] <https://eda.europa.eu/docs/default-source/eda-publications/2022-card-report.pdf> [abgerufen am 10.11.2023].
- European Defence Fund (2023): Information Days Brussels & Online 28 – 29 June 2023, Website European Defence Fund, [online] <https://defence-industry-space.ec.europa.eu/system/files/2023-07/EDF%20Info%20Days%202023%20-%202028%20June.pdf> [abgerufen am 10.11.2023].
- Fremerey, Melinda/Gerards Iglesias, Simon (2022): Abhängigkeit – Was bedeutet sie und wo besteht sie? Ein Überblick über wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten, in: IW-Report 56/2022, Köln.

- Houdé, Anneke/Wessel, Ramses A. (2022): A Common Security and Defence Policy: Limits to Differentiated Integration in PESCO?. *European Papers- A Journal on Law and Integration*, Nr. 3, S. 1325–1356.
- Hüther, Michael/Gerards Iglesias, Simon/Fremerey, Melinda/Parthie, Sandra (2023): Europa muss den nächsten Schritt wagen: Delors Plan 2.0, in: *IW-Policy Paper 4/2023*, Köln.
- Ipsen, Hans Peter (1972): *Europäisches Gemeinschaftsrecht*, Tübingen.
- Kahl, Wolfgang/Hüther, Paul (2023): Der »Zweckverband funktioneller Integration« nach Hans Peter Ipsen. Ein Beitrag zur Begriffsgeschichte und zur Finalitätsdebatte in der Europawissenschaft, 109. Bd., Berlin: Duncker & Humblot.
- Lelieveldt, Herman/Princen, Sebastiaan (2023): *The Politics of the European Union*, 3. Aufl., Cambridge: Cambridge University Press.
- Liboreiro, Jorge (2023): Gespräche über Freihandelsabkommen zwischen der EU und Australien erneut gescheitert. Was sind die Gründe?, Website Euronews., [online] <https://de.euronews.com/my-europe/2023/10/30/gesprache-uber-freihandelsabkommen-zwischen-der-eu-und-australien-erneut-gescheitert-was-s> [abgerufen am 10.11.2023].
- Paul, Amanda (2023): The future of EU-Türkiye relations amidst war in Europe and global disorder, Website European Policy Centre, [online] <https://www.epc.eu/en/publications/The-future-of-EU-Turkiye-relations-amidst-war-in-Europe-and-global-dis-5073b4> [abgerufen am 10.11.2023].
- Schmidt, Manfred G. (2005): Aufgabeneuropäisierung, in: Gunnar F. Schuppert/Ingolf Pernice/Ulrich Haltern (Hg.), *Europawissenschaft*, Baden-Baden: Nomos, S. 129–145.
- Schwarz, Björn (2004): *Die Auswirkungen der EU-Agrarpolitik auf Entwicklungsländer*, Marburg: Tectum Verlag.
- Wagener, Hans-Jürgen/Eger, Thomas/Fritz, Heiko (2006): *Europäische Integration. Recht und Ökonomie, Geschichte und Politik*. Vahlen.

